Europäischer Gerichtshof

Der Gerichtshof der Europäischen Union mit Sitz in Luxemburg wird gegründet.

Der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) ist das höchste Rechtsprechungsorgan der EU. Er stellt seit 1952 die einheitliche Auslegung und Anwendung des Europäischen Rechts in allen Mitgliedsstaaten sicher. Er entscheidet über Vertragsverletzungen, Nichtigkeitsklagen und Vorabentscheidungsersuchen nationaler Gerichte.

- EU-Recht hat Vorrang vor nationalem Recht.
- Die Direktwirkung ermöglicht unmittelbare Anwendung von EU-Verordnungen ohne nationale Umsetzung.
- Harmonisierung zielt auf einheitliche Vorschriften (stößt jedoch auf nationalen Widerstand).
- Nationalgerichte sind verpflichtet, EU-Recht in ihren Entscheidungen zu berücksichtigen.
- Abweichungen nationaler Regelungen können rechtliche Unsicherheiten und Konflikte mit EU-Recht erzeugen.

Der EuGH begann seine Arbeit als erste europäische Institution um ein Kontroll- bzw. Rechtsprechung Instrument bei der Umsetzung der EGKS-Verträge zu haben.

Vertrag von Paris

Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), auch bekannt unter Montanunion tritt in Kraft.

Die EGKS war der erste Vorläufer der heutigen Europäischen Union. Ihr gehörten die sechs „Gründerstaaten“ Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande an.

Die Ziele waren die Friedenssicherung durch wirtschaftliche Verflechtung (kürzerer Weg zur Rüstungsproduktion unmöglich machen), Schaffung eines gemeinsamen Marktes für Montanprodukte, Abbau von Zöllen und Kartellbildung. Der EGKS-Vertrag lief 2002 aus und Aufgaben und Institutionen wurden in die EG bzw. EU übernommen.

Der französische Außenminister Robert Schumann initiierte die Ausarbeitung eines Plans zur zukünftigen deutsch-französischen Zusammenarbeit. Hauptverantwortlich war Jean Monnet, Leiter der französischen Planungsbehörde. Im Kern sah er die Fusion der Kohle- und Stahlindustrie beider Länder vor, die von einer Verwaltungsbehörde unter der Aufsicht einer gemeinsamen Organisation geleitet werden sollte. Kohle und Stahl galten damals als Garanten für den wirtschaftlichen Wiederaufstieg der Länder und sie waren grundlegende Mittel zur Kriegsführung.

Für Frankreich war dieser Plan ideal, um weiterhin Einfluss auf die deutsche Montanindustrie zu behalten, der nach dem Ende der Ruhrbehörde verloren gegangen wäre.

Für den deutschen Bundeskanzler Adenauer bot die Initiative eine hervorragende Möglichkeit, Westdeutschland international wieder sichtbar zu machen.

Europäische Politische Zusammenarbeit

Die EG-Staaten gründen die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) zur besseren Vertretung ihrer außenpolitischen Interessen.

Die EPZ war von 1970 bis 1993 der Rahmen für die außenpolitische Koordination zwischen den EG-Mitgliedstaaten. Als intergouvernementales Instrument diente sie der Abstimmung gemeinsamer Positionen, bevor sie 1993 durch den Vertrag von Maastricht in die verbindlichere Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU überging.

Grönland

Grönland war 1973 – 1985 Teil der EU und zog sich nach einem Referendum zurück. Es bleibt als überseeisches Land und Gebiet mit der EU assoziiert.

Grönland ist autonom, gehört politisch zu Dänemark, aber nicht zur EU oder zum Schengen-Raum. Als Teil des Königreichs Dänemark sind Grönländer dennoch EU-Bürger und genießen volle EU-Bürgerrechte, z. B. Reisefreiheit.

Europas Flagge und Hymne

Die **Europaflagge** wird zum ersten Mal gehisst und das Lied „Ode an die Freude“ wird **Europahymne**.

Flagge und Hymne haben eine Vorgeschichte.

Die europäische Fahne wurde maßgeblich von dem französischen Zeichner und Mitarbeiter des Europarates, Arsène Heitz, entworfen. Er reichte 1955 einen Entwurf mit zwölf goldenen Sternen auf blauem Grund ein. Die 12 Sterne stehen für Einheit, Solidarität und Harmonie zwischen den Völkern Europas. Die Zahl 12 wurde gewählt, da andere Zahlen (13, 14, 15) politisch umstritten waren.

Ab 1955 wurde die Flagge vom Europa-Rat geführt und 1986 wird sie zur offiziellen Flagge der Europäischen Union erklärt.

1972 erklärte der Europarat Beethovens „Ode an die Freude“ zur Europahymne. 1985 wird diese Melodie aus Beethovens 9.Sinfonie von den EU-Staats- und Regierungschefs als offizielle Hymne der Europäischen Union angenommen. Die Hymne hat keinen Text; (um keine Landessprache zu benachteiligen), sie wird nur instrumental verwendet. In der universellen Sprache der Musik, bringt sie die europäischen Werte Freiheit, Frieden und Solidarität zum Ausdruck.

Die Europäische Hymne soll die Nationalhymnen der EU-Länder nicht ersetzen; sie steht vielmehr für die Werte, die diese Länder teilen. Die Hymne erklingt bei offiziellen Feierlichkeiten unter Beteiligung der Europäischen Union und üblicherweise bei allen Arten von Veranstaltungen mit europäischem Charakter.

Erasmus

Das Erasmus-Programm wird gestartet.

Desiderius Erasmus von Rotterdam genannt Erasmus (1466/1467/1469 bis 1536) war ein niederländischer Universalgelehrter. Er ist der bedeutendste Vertreter des europäischen Humanismus, der bekannteste Renaissance-Humanist und war ein einflussreicher Kirchenreformer.

Erasmus+ ist das zentrale EU-Programm zur Förderung von allgemeiner und beruflicher Bildung, Jugend und Sport. Mit einem Budget von ca. 26,2 Mrd. EUR (2021-2027) ermöglicht es Millionen Menschen, insbesondere Studierenden und Auszubildenden, Auslandsaufenthalte zur Weiterbildung, inkl. monatlicher Stipendien.

Gefördert werden im Bereich Erwachsenenbildung auch Auslandsaufenthalte für ältere Menschen. Es gibt keine festgelegte Altersgrenze, die die Teilnahme für Senioren ermöglicht, um neue Kulturen kennenzulernen und digitale Teilhabe zu fördern. Ziel ist lebenslanges Lernen, oft realisiert durch Projekte von Bildungseinrichtungen.

Einheitliche Europäische Akte

Inkrafttreten der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) mit dem Ziel der Vollendung des Binnenmarktes bis zum 01. Januar 1993.

Die EEA stellte den ersten besonderen Reformvertrag dar, auf den später die Vertragswerke Maastricht, Amsterdam, Nizza und Lissabon folgten. Sie bedeutete den vorläufigen Abschluss einer mehrjährigen Reformdebatte.

Durch die EEA (auch: »Vertrag von Luxemburg«) soll der Binnenmarkt als „Raum ohne Binnengrenzen“ schrittweise verwirklicht werden.

- für den freien Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital
- durch geänderte Funktionsweisen und Entscheidungsverfahren der EU-Organe
- durch Ausdehnung der Zuständigkeiten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) auf die Bereiche Forschung und Entwicklung, Umwelt, Verkehr, Sozialpolitik, Arbeitsrechtspolitik und Gleichberechtigung
- durch die Einführung der »Europäische Politische Zusammenarbeit« (EPZ) zur gemeinsamen Außenpolitik.

Die deutsche Abkürzung EEA kann verwirren, weil sie auch im Englischen gebraucht wird, wo EEA jedoch für die European Environment Agency steht, die ihren Sitz in Kopenhagen hat. (European Environment Agency wird auf Deutsch als Europäische Umweltagentur = EUA bezeichnet.)

EU Ecolabel



Das EU Ecolabel (oft als „Euroblume“ bezeichnet) ist das offizielle, seit 1992 existierende Umweltzeichen der Europäischen Union.

Es zertifiziert Produkte und Dienstleistungen, die über ihren gesamten Lebenszyklus hinweg strenge Umweltstandards erfüllen, weniger Abfall, CO2-Emissionen sowie gefährliche Chemikalien verursachen und ressourcenschonender sind als vergleichbare Alternativen. Anerkannt ist es in allen EU-Mitgliedsstaaten sowie Norwegen, Liechtenstein und Island. Unternehmen beantragen das Label freiwillig, um ihre Umweltfreundlichkeit zu beweisen.

Produktgruppen und Zertifizierung:
Das Spektrum reicht von Waschmitteln, Textilien und Schuhen bis zu Farben, Elektrogeräten und Touristik-Dienstleistungen (Campingplätze). Rund 77.000 Produkte tragen derzeit das Label.
Ausgenommen von der Kennzeichnung sind derzeit Lebensmittel, Getränke, Arzneimittel und medizinische Geräte

Unterschied zum Blauen Engel:
Während der Blaue Engel ein nationales deutsches Siegel ist, handelt es sich beim EU Ecolabel um das europäische Pendant. Beide können jedoch oft parallel auf Produkten zu finden sein.

EUROPOL

Gründung von EUROPOL. Sie ist die zentrale Koordinierungsstelle der EU im Kampf gegen schwere Kriminalität und Terrorismus.

Gründung 1998, seit 1999 voll funktionsfähig.

Der Erfolg von EUROPOL basiert auf der Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten, um komplexe, grenzüberschreitende Kriminalitätsformen effizienter zu bekämpfen.

Europol (Europäisches Polizeiamt) ist die Agentur der Europäischen Union für Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung mit Sitz in Den Haag. Sie unterstützt die 27 EU-Mitgliedstaaten durch Informationsaustausch, Geheimdienstinformationen, Analysen und Koordinierung grenzüberschreitender Einsätze.

Europol ist keine europäische Polizei mit eigenen Ermittlern vor Ort, führt dementsprechend keine eigenen operativen Festnahmen durch, sondern ist eine zentrale Drehscheibe für den Informationsaustausch zwischen nationalen Polizeibehörden.

Schwerpunkte: Bekämpfung von Drogenhandel, Menschenhandel, Geldwäsche, Cyberkriminalität und Terrorismus.

EURO - virtuelle Währungseinheit

Einführung einer gemeinsamen Währung (EURO) in der EU. Zuerst als virtuelle Währungseinheit, die den ECU ablöst.

Die Europäische Währungseinheit ECU (European Currency Unit) war das wesentliche Instrument zur Vorbereitung der Währungsunion, dessen Wert als Grundlage für die Einführung des Euro diente. Der ECU war seit 1979 die Rechnungseinheit des Europäischen Währungssystems (EWS). Es handelte sich um virtuelles Buchgeld. Der ECU war ein "Währungskorb", der aus den Währungen der EU-Mitgliedstaaten bestand.

Am 1. Januar 1999 wurde der Euro als offizielle, aber zunächst rein virtuelle Währungseinheit (Buchgeld) in elf Mitgliedstaaten der Europäischen Union eingeführt. Das Ziel war die Schaffung einer stabilen, gemeinsamen europäischen Währung und Vorbereitung auf das Bargeld, das am 1. Januar 2002 in Umlauf kam.

Beteiligte Staaten waren Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Österreich, Portugal und Spanien. Die Umrechnungskurse der nationalen Währungen zum Euro wurden unwiderruflich festgelegt.

Der Euro existierte zunächst nur auf elektronischen Konten. Er wurde für den bargeldlosen Zahlungsverkehr, Überweisungen, Wertpapiere und Buchhaltungszwecke genutzt.
Diese Phase dauerte drei Jahre, bis zur Einführung des physischen Bargelds am 1. Januar 2002.

Charta der Grundrechte

Die Charta der Grundrechte der Europäischen Union wird verabschiedet.

Die Charta wurde auf dem Europäischen Rat in Nizza am 8. Dezember 2000 verabschiedet und stellt einen wichtigen Meilenstein auf dem Weg zur Legitimation EU dar. Mit dem Vertrag von Lissabon 2009 wurde die Charta rechtsverbindlich und ist für alle Mitgliedstaaten (außer Polen und UK) verbindlich gültig.

Die **54 Artikel sind in 7 Titel** unterteilt:

- **Würde:** Menschenwürde, Recht auf Leben, Verbot von Folter/Sklaverei.
- **Freiheiten:** Meinungsfreiheit, Datenschutz, Versammlungsfreiheit.
- **Gleichheit:** Nichtdiskriminierung, Gleichbehandlung von Männern und Frauen.
- **Solidarität:** Arbeitsbedingungen, Verbot der Kinderarbeit.
- **Bürgerrechte:** Wahlrecht, Recht auf gute Verwaltung.
- **Justiz:** Recht auf wirksamen Rechtsbehelf, faires Verfahren.
- **Allgemeine Bestimmungen:** Auslegung der Charta.

Kernwerte: Diese 7 Titel beinhalten dabei auch soziale Rechte wie z. B der Schutz der persönlichen Daten, das Recht eine Ehe einzugehen und eine Familie zu gründen sowie das Recht auf Zugang zur Bildung.

Die Charta steht neben den nationalen Grundrechten (wie dem deutschen Grundgesetz) und wird bei der Umsetzung von EU-Recht aktiv von Gerichten angewandt. Die Charta wird vom Europäischen Gerichtshof (EuGH) ausgelegt, um die Grundrechte in der gesamten Union einheitlich zu schützen.

EU-Motto - In Vielfalt geeint

Die Kommission wählt als Motto für die EU „In Vielfalt geeint“.

Das offizielle Motto der Europäischen Union lautet „In Vielfalt geeint“ (lateinisch: *In varietate concordia*). Es wird seit dem Jahr 2000 verwendet und bringt zum Ausdruck, dass Europäer gemeinsam für Frieden und Wohlstand zusammenarbeiten, während die vielfältigen Kulturen, Sprachen und Traditionen des Kontinents erhalten bleiben.

Es grenzt sich vom amerikanischen Motto „Aus vielen eines“ (lateinisch: *E pluribus unum*) ab, da in Europa die Vielfalt der Völker erhalten bleiben soll.

Das Motto entstand im Jahr 2000 durch einen Wettbewerb, an dem rund 80.000 Jugendliche im Alter zwischen 10 und 20 Jahren aus den damals 15 Mitgliedstaaten der Europäischen Union teilnahmen.

Kernaspekte:

- **Ziel**: Frieden und Wohlstand durch Kooperation in einem gemeinsamen europäischen Haus zu schaffen, ohne die eigene Identität aufzugeben
- **Vielfalt** (Diversity): Die EU besteht aus vielen verschiedenen Nationen, Sprachen (ca. 225 indigene Sprachen) und Kulturen. Diese Unterschiede werden nicht als Trennung, sondern als Bereicherung verstanden.
- **Geeint** (Unity): Trotz der Vielfalt gehören die Menschen zusammen (einzigartiger politischer Rahmen). Die Einheit gründet auf gemeinsamen Werten wie Demokratie, Solidarität und Respekt.

AGE Platform Europe - der europäische Dachverband der Seniorenorganisationen

Die Plattform (englisch: age = Alter) wird gegründet, um die Interessen der älteren Menschen in der Europäischen Union zu vertreten.

AGE Platform Europe ist das größte europäische Netzwerk von Organisationen von und für ältere Menschen. Den vielfältigen Erfahrungen und Wünschen der wachsenden älteren Bevölkerung in der EU soll Gehör verschafft und das Bewusstsein für die Herausforderungen des Alterns gestärkt werden.

Der Verband setzt sich zusammen aus Organisationen älterer Menschen oder solchen, die ältere Menschen direkt vertreten, sowie aus gemeinnützigen Organisationen, die Dienstleistungen für ältere Menschen anbieten oder im Bereich des Alterns tätig sind und ihren Sitz in Europa haben.

Der Verband, mit Sitz in Brüssel, beteiligt sich an seniorenpolitisch relevanten Diskussionen auf Ebene der EU und bietet eine Plattform zum Austausch zwischen Seniorenorganisationen aus vielen Ländern Europas. Die Geschäftsstelle koordiniert verschiedene EU-Projekte.

Die deutsche Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen e.V. (BAGSO) ist seit 2005 Mitglied des Dachverbands.

Vertrag von Nizza

Mit dem Vertrag von Nizza wird das Europäische Parlament gestärkt. Institutionelle Reformen werden in Gang gesetzt.

Ziel war es, die die damals bevorstehende Ost- und Süderweiterung vorzubereiten, ohne ihre Entscheidungsfähigkeit zu verlieren.

Dahinter steht die Idee der europäischen Integration, also dem Streben der europäischen Staaten nach mehr wirtschaftlicher, politischer und gesellschaftlicher Verflechtung untereinander.

Wichtigstes Ziel: Aufgaben, die für Einzelstaaten nicht mehr bzw. nur noch schwer zu bewältigen sind, wie z.B. Klima- oder Sicherheitspolitik, an Institutionen zu übertragen, die über die nationale Ebene hinausgehen.

Vertrag von Lissabon

Die Struktur und Arbeitsweisen der EU werden reformiert. (Weiterentwicklung des Vertrags von Maastricht) Der Vertrag von Lissabon ist die aktuelle vertragliche Grundlage der EU.

Der Vertrag von Lissabon reformierte die EU-Strukturen, um sie nach der Osterweiterung handlungsfähiger, demokratischer und transparenter zu machen. Durch den Vertrag von Lissabon wurde die Mitsprache des Europäischen Parlaments gestärkt, die "doppelte Mehrheit" bei Abstimmungen eingeführt und das Amt eines / einer EU-Außenbeauftragten geschaffen.

Das Parlament erhielt deutlich mehr Mitbestimmungsrechte bei der Gesetzgebung und ist dem Rat der Europäischen Union (vertritt die Regierungen der einzelnen Mitgliedsstaaten) in den meisten Bereichen nun gleichgestellt.

EU-Bürgerinnen und -bürger erhielten mit der „Europäischen Bürgerinitiative“ ein Beteiligungsrecht an der Gesetzgebung.

Erstmals wurde ein formelles Austrittsrecht aus der EU (Artikel 50) verankert.

Euro-Staatsschuldenkrise

Hohe Staatsschulden und sinkende Steuereinnahmen führen in einigen EU-Ländern zum Einbruch der Wirtschaft; einigen Staaten droht der Staatsbankrott.

Die in den USA ausgebrochene Finanzkrise (ab 2007/2008) hatte tiefgreifende Auswirkungen auf die Europäische Union (EU) und war der Auslöser für die nachfolgende Euro-Staatsschuldenkrise. Sie führte zu einer ernsten Bankenkrise mit einhergehender Rezession, steigender Arbeitslosigkeit und dem Vertrauensverlust in das Finanzsystem.

Besonders in Griechenland stiegen durch sinkende Wirtschaftsleistungen, wachsende Arbeitslosenzahlen und erhöhte Kosten die Staatsschulden.

Weitere EU-Länder (Irland, Portugal, Spanien, Zypern) folgten in die Krise.

Um derartige Krisen künftig zu verhindern, kam es zu strukturellen Veränderungen in der EU. Eingeführt wurden u.a.

zentrale Bankenaufsicht durch die Europäische Zentralbank

- einheitliche Regeln für alle großen Banken in der Euro-Zone
- Rettungsfonds wie der Europäische Stabilitätsmechanismus
- das Prinzip „Bail-in“ (Eigentümer und Gläubiger haften zuerst, nicht der Steuerzahler)
- verschärfte Regeln für Staatshaushalte (Stabilitäts- und Wachstumspakt)

EU-Rettungsschirm

Mehrere von einem Staatsbankrott finanziell bedrohte Mitgliedstaaten müssen durch Maßnahmen und Instrumente aus dem Euro-Rettungsschirm gestützt werden.

„Euro-Rettungsschirm“ ist ein Sammelbegriff für Maßnahmen und Instrumente der Europäischen Union und der Mitgliedstaaten der Eurozone, die die Zahlungsfähigkeit gefährdeter Mitgliedstaaten sichern sollen.

Während der Eurokrise gab es zunächst einen temporären Rettungsschirm (EFSF = Europäische Finanzstabilisierungsfazilität), der von mehreren Mitgliedstaaten in Anspruch genommen werden musste.

Bereits 2010 hatten die Staaten der Eurozone mit Notfallinstrumenten und über verschiedene Kreditlinien auf die akute Krise reagiert und dafür gesorgt, dass ein Bankrott Griechenlands abgewendet werden konnte.

Bis 2012 mussten neben Griechenland auch Irland, Portugal, Spanien und Zypern Gelder aus dem Rettungsschirm beantragen, um sich wirtschaftlich zu stabilisieren.

Um auf zukünftige Finanzkrisen besser vorbereitet zu sein und schneller reagieren zu können, wurden dauerhafte Reformen am ESM (Europäischer Stabilitätsmechanismus) vorgenommen.

Friedensnobelpreis

Die EU erhält den Friedensnobelpreis für ihren über sechs Jahrzehnte andauernden Beitrag zur Förderung von Frieden, Versöhnung, Demokratie und Menschenrechten in Europa.

Das norwegische Nobelkomitee würdigte damit die Transformation Europas von einem Kontinent des Krieges zu einem des Friedens.

Die ca. 930.000 Euro Preisgeld wurden von der EU auf zwei Millionen Euro aufgestockt und für Bildungsprojekte für Kinder in Konfliktgebieten gespendet.

Spitze der Flüchtlingskrise

In kurzer Zeit kommen über eine Million Menschen nach Europa, viele davon auf der Flucht vor Krieg, Gewalt oder Armut. Die Länder an den EU-Außengrenzen sind überfordert. Das Dublin-Verfahren funktioniert nur eingeschränkt.

Ausgelöst durch den Bürgerkrieg in Syrien, dem IS im Irak und den Taliban in Afghanistan erreichten über die Türkei mehr als eine Million Flüchtende Griechenland.

Durch das Dublin-Verfahren wird das zuständige EU-Land (meist das Erstaufnahmeland) bestimmt, das für die Bearbeitung eines Asylantrags zuständig ist. Es soll verhindert werden, dass Asylsuchende mehrere Anträge in verschiedenen Staaten stellen.

Es gelang der EU zu keinem Zeitpunkt, sich auf eine solidarische Verteilung der Geflüchteten nach dem Dublin-Verfahren (eine Umverteilung nach festen Quoten auf alle Mitgliedsstaaten) zu einigen und die Pflicht zur Aufnahme von Schutzsuchenden in allen Mitgliedsstaaten durchzusetzen.

Um die Kontrolle über die Zuwanderung zu behalten und den Asylzugang einzuschränken, beschlossen die EU-Mitgliedstaaten Maßnahmen einer verschärften Asyl- und Grenzkontrollpolitik.

Ab 2016 wurden die Einreiseverfahren an den EU-Außengrenzen vereinheitlicht. Bevor ein Migrant in die EU einreisen darf, muss er sich einer verschärften „Vorüberprüfung“ unterstellen.

Am 18.03.2016 wurde ein Abkommen mit der Türkei zum Stopp der illegalen Einwanderung von Geflüchteten in die EU gegen eine Zahlung von 6 Mrd. Euro getroffen.

Brexit -
Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU

Eine Volksabstimmung im Vereinigtem Königreich im Jahr 2016 führt nach mehrjährigen Verhandlungen zum Austritt des VK aus der EU. - Die EU hat nur noch 27 Mitglieder.

2016 stimmten im Vereinigten Königreich (Großbritannien und Nordirland) in einer Volksabstimmung zur weiteren Mitgliedschaft des VK in der EU 51,9 % der Briten für den Austritt aus der EU (leave 51,9% / remain 48,1%).

Am 29.03.2017 beantragte die damalige Premierministerin Theresa May offiziell den Austritt des VK; sie übermittelte ein Schreiben an den Europäischen Rat unter Leitung von Donald Tusk und aktivierte damit den rechtlichen Mechanismus für den EU-Austritt nach Artikel 50.

Die Austrittsverhandlungen zwischen dem VK und der EU zogen sich bis 2020 hin. In diesem Zeitraum wurden die Bedingungen für den Austritt geregelt (z.B. Finanzen, Zoll, Produktstandards, Übergangsphase).

01.02.2020 Austritt des VK aus der EU (Übergangsfrist bis Ende 2020 mit Teilnahme am gemeinsamen Binnenmarkt und der Zollunion)

01.01.2021 Inkrafttreten des Handels- und Kooperationsabkommens, das durch die rückwirkende Zustimmung von Unterhaus (VK) und EU- Parlament ab 01.01.2021 formal gültig ist.

Corona-Pandemie

Die Gesundheitssysteme in den EU-Ländern sind überlastet, die Wirtschaft und das gesellschaftliche Leben gerät durch zahlreiche Lockdownphasen in die Krise.

Die EU-Haushaltsregeln wurden so flexibel wie möglich gehandhabt, um Mitgliedsstaaten zu helfen, Gesundheitssysteme und Unternehmen zu unterstützen und Arbeitsplätze zu erhalten.

Die EU-Beihilfevorschriften wurden gelockert, damit die Mitgliedsstaaten über günstige Darlehen zum Erhalt der Liquidität der Wirtschaft verfügen konnten.

Das Konjunkturprogramm „Next Generation EU“ mit einer Mittelausstattung von 750 Milliarden Euro zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie wurde verabschiedet.